

Birgit Pfau-Effinger · Slađana Sakač Magdalenić
Christof Wolf (Hrsg.)

International vergleichende Sozialforschung

Birgit Pfau-Effinger
Slađana Sakač Magdalenić
Christof Wolf (Hrsg.)

International vergleichende Sozialforschung

Ansätze und Messkonzepte unter
den Bedingungen der Globalisierung



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

Lektorat: Katrin Emmerich / Marianne Schultheis

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe
Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-531-16524-0

Inhalt

<i>Birgit Pfau-Effinger, Slađana Sakač Magdalenic, Christof Wolf</i> Zentrale Fragen der international vergleichenden Sozialforschung unter dem Aspekt der Globalisierung	7
<i>Hans-Peter Blossfeld, Dirk Hofäcker, Marcel Raab, Michael Ruland, Sandra Buchholz</i> Globalisierungsprozesse in modernen Gesellschaften Theoretische Grundlagen, empirische Erfassung und Auswirkungen auf individuelle Lebensverlaufmuster	19
<i>Jürgen Beyer</i> Spielarten des Kapitalismus – Empirische Einwände gegen die Verfestigungsannahme	41
<i>Raj Kollmorgen</i> Postsozialistische Wohlfahrtsregime in Europa – Teil der „Drei Welten“ oder eigener Typus? Ein empirisch gestützter Rekonzeptualisierungsversuch	65
<i>Henning Lohmann</i> Konzept und Messung von Defamilisierung in international vergleichender Perspektive	93
<i>Cornelia Weins</i> Messinstrumente im internationalen Vergleich Möglichkeiten und Grenzen der Analyse von Vorurteilen.	129
<i>Volker Müller-Benedict</i> Internationale Indikatoren der Schulwirksamkeit, angewandt auf Entwicklungsländer Das Beispiel Honduras zeigt die Probleme	153

<i>Reinhard Pollak, Heike Wirth, Felix Weiss, Gerrit Bauer, Walter Müller</i> On the Comparative Measurement of Supervisory Status using the Examples of the ESS and the EU-LFS	173
<i>Uwe Warner, Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik</i> Das Konzept des „privaten Haushalts“ in international vergleichenden sozialwissenschaftlichen Umfragen und dessen Operationalisierung	207
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	229

Postsozialistische Wohlfahrtsregime in Europa – Teil der „Drei Welten“ oder eigener Typus?

Ein empirisch gestützter Rekonzeptualisierungsversuch

Raj Kollmorgen

Wie postsozialistische Wohlfahrtsregime angemessen begriffen und typologisch eingeordnet werden können, bleibt umstritten. Entsprechende Versuche seit Beginn der 1990er Jahre reichen von „marktsozialistisch“ (Kornai 2001), „sozialdemokratisch“ über „(postkommunistisch) konservativ korporatistisch“ bzw. „bismarckisch“ (Deacon 1992; Kovacs 2003; J. Szalai 2005) bis hin zur Diagnose („gemäßigt“) „liberaler Regime“ in Mittelost- und Osteuropa (Götting 1998; Ferge 2001; E. Szalai 2005).

Der vorliegende Beitrag nimmt diese Diskussion auf und problematisiert aus dezidiert konzeptueller Perspektive, ob sich die postsozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas in Esping-Andersens Regime-Typologie (1990, 1999) einfügen lassen oder einen, möglicherweise sogar mehrere eigene Typen repräsentieren. Dazu wird zunächst ein empirischer Überblick zur Ausgaben- und Leistungsseite der mittelost- und osteuropäischen Wohlfahrtsstaaten angeboten (1.). Im Anschluss an eine Skizze des Ansatzes von Esping-Andersen (2.) werden dann Wohlfahrtssystemelemente in Mittel- und Osteuropa analysiert und ein eigener typologischer Vorschlag unterbreitet (3.). Ein abschließender Abschnitt fasst die Überlegungen unter dem Aspekt der Transformation der Regime, ihrer angemessenen Erklärung sowie globalen Einbettung zusammen (4.).

1 Postsozialistische Wohlfahrtsstaaten: Ausgaben und Leistungen

Der Überblick zu ausgewählten Basisdaten postsozialistischer Wohlfahrtsstaatlichkeit im Zeitverlauf kann nicht die synthetischen Indizes aufnehmen und analytisch nutzen, die Esping-Andersen entwickelt hat (etwa zum Dekommodifizierungsgrad: 1990: 47ff). Dafür sind drei Gründe maßgebend. Erstens liegen bis heute für Mittel- und insbesondere Osteuropa im Regelfall keine Datensätze in entsprechender Qualität vor (vgl. Fenger 2007). Dies hängt, zweitens, nicht zuletzt mit der hohen materiellen und institutionellen Veränderungsdynamik in den 1990er Jahren zusammen, die veränderte Datengrundlagen und Erhebungsmetho-

den einschloss. Die Daten wären daher selbst für einzelne Staaten wie Polen oder Russland im Zeitverlauf kaum vergleichbar. Drittens schließlich will sich die folgende Analyse ausdrücklich nicht auf Esping-Andersens Ansatz beschränken, auch wenn er den Leitfaden darstellt.

Nachstehend werden daher einige Ausgaben- und Leistungsdaten präsentiert, wie sie vor allem im Rahmen der Europäischen Union standardisiert erhoben und veröffentlicht werden. Die Auswahl beschränkt sich auf wenige Fälle, Items und Messpunkte, wobei im Hinblick auf die typologischen Problemstellungen parallel Vergleichsdaten zu Vertretern der Dreier-Typologie Esping-Andersens präsentiert werden.¹

Die Tabellen 1 und 2 informieren über die öffentlichen bzw. Sozialschutzausgaben. Erkennbar wird zunächst, dass sich die anteiligen öffentlichen Ausgaben in Mittel- und Osteuropa Anfang der 1990er Jahre (bis auf den estnischen Fall und mit Verzögerung in Polen) zum Teil deutlich vermindert haben, aber seit Mitte/Ende der 1990er Jahre relativ stabil sind. Freilich gilt dies für Osteuropa – hier Russland – nicht, wo die Ausgaben um etwa 10 Prozentpunkte fielen. Westeuropa zeigt eine ähnliche Bewegung. Im Vergleich Mittelost- und Westeuropas wird eine Annäherung der öffentlichen Gesamtausgaben im Bereich von 40-45% des BIP sichtbar. Schweden (58%) und Russland (ca. 35%) stellen die beiden Pole in Europa dar, deren Anteile um über 20% des jeweiligen BIP divergieren.

Tabelle 1: Öffentliche Ausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (1990-2000)

	1990	1992	1994	1996	1998	2000	2003
S	63 (1991)	-	70	65	60,5	57	58
FRA	-	-	-	-	-	53,5	51
GER	46	50	51	51	47,5	47	46
UK	44 (1991)	-	45	-	40	40	42
CZ	60	50	42	40	41	42	41,5
POL	40	50	50,5	49	45	45	-
HUN	58	59,5	59	48	49,5	45	45
EST	32,5	35	40,5	40,5	39	41	39
RUS	-	44 (1993)	45	42	40	36	-

Quelle: Manning 2004: 221, Abb. 4; Datenreport 2006: 227: Tab. 2;
Eurostat Yearbook 2005: 160.

1 Für das liberale Regime: USA und als nächster europäischer Vertreter Großbritannien, für das konservative: Deutschland, Frankreich; für das sozialdemokratische: Schweden (vgl. Übersicht 1).

Tabelle 2 untersetzt den sich andeutenden Befund der ersten Tabelle für die eigentlichen wohlfahrtsstaatlichen Aufwendungen (Sozialschutzausgaben). Für Westeuropa wird in den letzten 10 Jahren eine kleine Delle in den anteiligen Ausgaben erkennbar (siehe zusammenfassend: EU-15). Mitteleuropa erlebte in den letzten Jahren eine Konsolidierung mit einem leichten Anstieg, der allerdings nicht für Estland und Russland gilt. Das Niveau der Sozialschutzausgaben pro Kopf divergiert zwischen West- und Mitteleuropa um etwa 10% (ca. 30% vs. 20%), wobei sich Großbritannien in der Mitte bewegt und Estland (13%) dieses Niveau deutlich unterschreitet.

Der „reale“ Abstand im Sozialschutz zwischen Ost- und Westeuropa wird anhand der absoluten Pro-Kopf-Sozialschutzausgaben deutlich (in Euro/in KKS = Kaufkraftstandards). Gemessen in Euro beträgt der maximale Abstand (Schweden vs. Estland) mehr als das Zehnfache. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Kaufkraft bewegen sich die Sozialschutzausgaben in Westeuropa heute (2003) auf dem drei- bis sechsfachen Niveau des mittel- bzw. osteuropäischen.²

Tabelle 2: Sozialschutzausgaben* in v.H. des BIP und pro Kopf (in Euro** und in KKS***) 1995-2003

	1995	1999	2003**	2003***
S	34,6/7.437	31,9/8.503	33,5/9.933	8.258
FRA	30,3/6.133	29,9/6.782	30,9/7.932	7.434
GER	28,2/6.660	29,2/7.155	30,2/7.911	7.087
UK	28,2/4.175	26,4/6.097	26,7/7.532	6.812
EU 15	28,2/4.990	27,4/5.851	28,3/6.925	6.926
CZ	17,2/704	19,3/1.041	20,1/1.594	2.964
POL	-	20,1/943(2000)	21,6/1.102	2.121
HUN	-	20,7/933	21,4/1.590	2.783
EST	-	14,4/623(2000)	13,4/801	1.411

* Diese beinhalten insbesondere alle Ausgaben „privater und öffentlicher Körperschaften ... zur Unterstützung von Haushalten und Individuen“ hinsichtlich Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Alter, Familie und Kinder, Behinderungen und Wohnen. KKS = Kaufkraftstandards (siehe Petrasova 2006: 2).

Quelle: Petrasova 2006: 2, Abb. 2.

2 Integriert man die die Extremfälle in der EU – einerseits Luxemburg (10.905 KKS), andererseits Lettland (1.174 KKS) – beträgt die maximale Differenz fast das Zehnfache (Petrasova 2006: 2).

Die folgenden zwei Tabellen (3 und 4), die sich auf die Gesundheitsausgaben beziehen, konkretisieren den Befund für ein zentrales Feld öffentlicher Wohlfahrt. Zwei Beobachtungen sind für den vorliegenden Kontext von besonderer Bedeutung: Zum einen (Tab. 3) zeigt sich für Mitteleuropa (Tschechien, Polen) die bereits angesprochene leichte Wellenbewegung in der Ausgabenentwicklung der 1990er Jahre.

Tabelle 3: Öffentliche Ausgaben für Gesundheit in Prozent des BIP (1990-2000)

	1990	1992	1994	1996	1998	2000
CZ	-	6,1 (1993)	6,2 (1995)	5,8	5,8	6,2
POL	4,4	5,3	4,5	4,9	5,2 (1997)	-
HUN	5,6	7,5	7,9	7,8	7,7	-
EST	-	2,0 (1993)	3,5	3,9	4,1	-
RUS	-	5,0 (1993)	4,6	4,2	3,9	3,3

Quelle: Manning 2004: 222, Abb. 5.

Im postsowjetischen Osteuropa ist demgegenüber einerseits ein Muster des kontinuierlichen Abstiegs erkennbar (Russland), andererseits eines mit einem kontinuierlichen Anstieg der Ausgaben (Estland). In beiden osteuropäischen Fällen bewegen sich die Anteile aber bis zur Jahrhundertwende klar unter dem mitteleuropäischen Niveau (3-4% vs. 5-8%). Letzteres ist mit dem westeuropäischen BIP-Anteil (Deutschland, Frankreich, Schweden) vergleichbar, der ca. 6% bis 8% beträgt (vgl. Tab. 4 sowie Tab. 5).

Zum anderen wird in einer ersten Systemperspektive sichtbar, dass sich die mitteleuropäischen Ausgabenstrukturen (Gesamtanteil und öffentliche vs. private Ausgaben) am ehesten mit dem britischen vergleichen lassen, während der Abstand zum „sozialdemokratischen“ (Schweden) wie zum „konservativen“ Modell (Frankreich, Deutschland) in etwa gleich groß bzw. gleich gering ist. Das US-amerikanische System erweist sich demgegenüber als klare Systemalternative.

Tabelle 4: Gesamtausgaben (in v.H. des BIP) und öffentliche Ausgaben (als Anteil an den Gesamtausgaben in v.H.) für Gesundheit (1990-2003)

	1990	1995	2000	2003
USA	11,9/39,7	13,3/45,3	13,3/44,0	15,2/44,6
S	8,3/89,9	8,1/86,6	8,4/84,9	9,3/85,4
FRA	8,4/76,6	9,4/76,3	9,2/75,8	10,4/78,3
GER	8,5/76,2	10,3/80,5	10,4/78,6	10,9/78,2
UK	6,0/83,6	7,0/83,9	7,3/80,9	7,7/83,4 (2002)
CZ	4,7/97,4	7,0/90,9	6,7/90,5	7,5/89,7 (2002)
POL	4,9/91,7	5,6/72,9	5,7/70,0	6,5/69,9
HUN	7,1/89,1 (1991)	7,4/84,0	7,1/70,7	8,3/72,4 (estim.)

Quelle: OECD Health Data 2006.

Tabelle 5 fasst die Ausgabenseite (Sozialschutzausgaben) mit ihrer Differenzierung nach Ausgaben- bzw. Aufgabenbereichen (Funktionen) zusammen. Versucht man deren Befunde grob zu clustern, ergeben sich interessante, in den meisten Fällen aber durchaus erwartbare Gruppenbildungen. Innerhalb der Funktionsbereiche fällt zunächst der in Nordwesteuropa gegenüber Mittelost- und Osteuropa deutlich höhere, im Extrem doppelt so hohe BIP-Anteil für die *Alterssicherung* auf: 12-13% zu 6-9%. Spanien bewegt sich in der Mitte, Polen gesellt sich eher zu Westeuropa und in Nordost- wie in Südosteuropa (Estland, Rumänien) ist der Anteil besonders gering (5,6% bzw. 5,8%). Dabei bewegt sich der Anteil der Ausgaben für die Alters- und Hinterbliebenensicherung bezogen auf die gesamten Sozialschutzausgaben – bis auf Rumänien (37%) und Polen (über 60%) – auf einem 40-46%-Niveau. Die Ausgaben für *Familie und Kinder* lassen demgegenüber keine klare Gruppenbildung zu. Die Aufwendungen in Westeuropa (ohne Spanien) sind etwas höher (1,7-3,0% des BIP) als in Mittelost- und Osteuropa (0,9-2,5%), obwohl in der Tendenz der Funktionsbereich selbst einen höheren Stellenwert in Ost- gegenüber Westeuropa besitzt (8-13% [ohne Polen] vs. 7-10% [ohne Großbritannien]). Der Leistungsbereich „*Arbeitslosigkeit*“ (Absicherung und Arbeitsmarktpolitik) zeigt hingegen wiederum ein klares Gefälle: In Westeuropa (mit der Ausnahme Großbritanniens) ist nicht nur der Funktionsbereich deutlich gewichtiger (6,2% bis fast 13% aller Ausgaben) als in Mittelost- und Osteuropa (1,6-3,9%). Auch bezogen auf die BIP-Anteile der Ausgaben bewegt sich Westeuropa mit 2,0-2,5% relativ einheitlich auf dem drei- bis vierfachen Niveau der mittelost- und osteuropäischen Ausgaben (0,5-0,7%, Estland fällt mit 0,2% aus diesem Muster). Schließlich divergieren auch die Ausgaben für „*Wohnen/soziale Ausgren-*

zung“ klar zwischen den europäischen Großregionen. Während in Westeuropa (bis auf Spanien) in diesem Bereich 0,7-1,7% des BIP verwendet werden, sind es in Mittelost- und Osteuropa 0,2-0,6%. Dabei zeigen Polen und Estland mit 0,2% und Spanien mit 0,3% vergleichbar niedrige Werte.

Tabelle 5: Sozialschutzausgaben nach Funktionen 2004 (in v.H. der gesamten Sozialleistungen / in v.H. des BIP)

	Alter/ Hinterbliebene	Krankheit/ Gesundheit	Familie/ Kinder	Arbeits- losigkeit	Wohnen/soziale Ausgrenzung
S	40,1/12,7	25,4/8,0	9,6/3,0	6,2/2,0	3,9/1,2
FRA	46,3/12,8	30,0/8,8	8,5/2,5	7,8/2,3	4,4/1,3
GER	43,5/12,4	27,2/7,7	10,5/3,0	8,6/2,4	2,5/0,7
UK	44,6/11,5	30,4/7,8	6,7/1,7	2,6/0,7	6,4/1,7
ESP	43,7/8,5	30,8/6,0	3,5/0,7	12,9/2,5	1,7/0,3
CZ	41,1/7,8	35,3/6,7	8,4/1,6	3,9/0,7	3,4/0,6
POL	60,1/11,8	19,5/3,8	4,6/0,9	3,5/0,7	0,8/0,2
HUN	42,5/8,6	29,5/6,0	12,1/2,5	2,9/0,6	2,6/0,5
EST	43,7/5,8	31,5/4,2	12,7/1,7	1,6/0,2	1,5/0,2
RO	37,9/5,6	35,9/5,3	11,1/1,6	3,6/0,5	4,3/0,6

Quelle: Petrasova 2006: 6, Tab. 4.

Die Betrachtung der *Leistungsseite* der Wohlfahrtsstaaten soll auf drei Bereiche beschränkt werden: (1) Bezogen auf das Feld aktiver Arbeitsmarktpolitik zeigt Tabelle 6, dass die Arbeitslosenraten in Mittelost- und Osteuropa in den 1990er Jahren zunächst dramatische Steigerungen erlebten, dann relativ konstant blieben und Anfang des neuen Jahrhunderts wieder abschmolzen (Trendausnahme: Tschechien, auf weiter hohem Niveau: Polen). Die westliche Dynamik beinhaltete zunächst eine Steigerung in den 1990er Jahren (Ausnahmen: Großbritannien, USA). In den letzten beiden Jahren (2005/2006) sind aber zum Teil deutlich Verminderungen beobachtbar. Insgesamt erfolgte eine Annäherung der westlichen und östlichen Niveaus, wobei im Westen die „liberalen Regime“ und das sozialdemokratische (Schweden) unterdurchschnittliche Quoten aufweisen (ca. 5% vs. 8-9% in den konservativen Regimen) und sich Mittelost- und Osteuropa bis auf den polnischen Fall auf vergleichbarem Niveau bewegen (7-9%).

Tabelle 6: Entwicklung der Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenquoten)1992-2004

	1992	1994	1996	1998	1999	2001	2004	2006
USA	7,5	-	5,4	-	-	4,7	5,5	4,6
S	5,6	-	9,6	-	-	4,9	6,4	5,3
FRA	9,9	-	11,6	-	-	8,4	9,6	8,8
GER	6,4	-	8,5	-	-	7,4	9,5	8,1
UK	9,7	-	7,9	-	-	5,0	4,7	5,5
ESP	14,9	-	18,2	-	-	10,8	10,9	8,5
EU 15	8,4	-	10,2	9,4	-	7,3	8,1	-
CZ	4,1	4,2	3,9	6,5	8,8	8,0	8,3	7,2
POL	13,8	13,9	11,6	10,5	15,4	18,6	18,8	13,8
HUN	9,8	10,8	9,9	8,9	6,9	5,7	6,0	7,5
EST	3,8	7,8	10	9,9	12,2	12,3	9,5	-
RUS	5,2	8,0	9,8	13,4	14,1	-	8,7	-

Erläuterung: Die Konzepte von OECD und IMO (Manning) unterscheiden sich, differieren aber in den Raten nur wenig.

Quellen: Manning 2004: 226, Fig. 10; Für die westlichen Gesellschaften und das Jahr 2004 nach: OECD Factbook 2006: 119; OECD 2007: 76.

(2) Wie Tabelle 7 verdeutlicht, hat sich in einem einfach messbaren Gesundheitsbereich, der Kindersterblichkeit, die Lage in *Mitteleuropa* seit 1990 deutlich verbessert und nähert sich den westeuropäischen Werten (herausragend: Tschechien). Dieser Befund schließt die Baltischen Länder weitgehend ein, auch wenn sie insgesamt (noch) etwas hinter Mitteleuropa zurückbleiben. Demgegenüber zeigt der Russische Fall keine Besserung, zwischenzeitlich sogar eine Zunahme der Kindersterblichkeit um etwa 1 Prozentpunkt.

Tabelle 7: Kindersterblichkeit (1990-2000)*

	1990	1992	1994	1996	1998	1999/2000
USA	9,2	-	7,6 (1995)	-	-	6,9 (2000)
S	6,0	-	4,1 (1995)	-	-	3,4 (2000)
FRA	7,3	-	4,9 (1995)	-	-	4,4 (2000)
GER	7,0	-	5,3 (1995)	-	-	4,4 (2000)
UK	7,9	-	6,2 (1995)	-	-	5,6 (2000)
EU 15	-	-	-	-	-	ca. 7
CZ	11	9,9	7,9	6	5,1	4,6/4,1 (2000)
POL	19,4	17,2	15	12,1	9,4	9/8,1 (2000)
HUN	15	14,1	11,5	11	9,6	8,4/9,2 (2000)
EST	12,5	15,8	14,6	10,5	9,3	9,5
RUS	17,5	18	18,8	17,5	16,7	17

* Kindersterblichkeit im ersten Lebensjahr pro 1.000 Lebendgeborene.

Quelle: Manning 2004: 228, Fig. 12; für 1995 and 2000: OECD Health Data 2006.

(3) Schließlich soll mit dem Gini-Koeffizienten das Ausmaß sozialer Ungleichheit in der Bevölkerung nachgewiesen werden (Tab. 8). Zwei Befunde erscheinen besonders relevant: Zum einen findet sich in Mittelosteuropa erneut eine Wellenbewegung, wobei sich die Ungleichheit vor und nach Sozialtransfers Ende der 1990er Jahre wieder reduziert hat, aber nicht ganz das Ausgangsniveau erreicht. Demgegenüber hat sich in den meisten westeuropäischen Gesellschaften im Zeitraum zwischen den 1980er und 1990er Jahren die Ungleichheit verschärft. Absolut bewegen sich die mittelosteuropäischen Gesellschaften auf einem Niveau vergleichbar mit klassischen kontinentalen Wohlfahrtsstaaten wie Deutschland oder Frankreich. Zum anderen ist auf die osteuropäischen Entwicklungen aufmerksam zu machen. Hier ist eine praktisch durchgehende (statistisch vermutlich dennoch unterschätzte) Zunahme der Ungleichheit zu diagnostizieren, wobei das Ungleichheitsmaß – insbesondere in Russland – mittlerweile jenes der Vereinigten Staaten überflügelt hat und sich im Bereich brasilianischer Verhältnisse bewegt.

Tabelle 8: Soziale Ungleichheit: Gini-Koeffizient vor und nach Sozialtransfers*

	1991/92	1994/95	1999
S	-	-	- /0,23 (2002)
FRA	-	-	- /0,27 (2002)
UK	-	-	- /0,35 (2002)
GER	-	- /0,227	- /0,289 (2002)
E-GER	-	- /0,221	- /0,235 (2002)

CZ	0,399/0,207	0,424/0,295	-
POL	0,414/0,274	0,525/0,318 (1996)	0,493/0,293
HUN	0,484/0,283	0,553/0,323	0,497/0,295
EST	-	-	0,506/0,361
RUS	-	- /0,381	/0,456 (2001)

* Der Gini-Koeffizient bezieht sich auf das verfügbare Nettohaushaltseinkommen. Erläuterung: Die Daten für Russland und Deutschland stammen aus anderer Quelle als die übrigen.

Quellen: Cerami 2005: 191, Tab. A 3; Heynes 2005: 174, Tab. 1; Datenreport 2004: 626, Tab. 2.

Unzweifelhaft bieten bereits diese wenigen Daten und Vergleiche nicht nur Ansatzpunkte für die Feststellung, dass sich die postsozialistischen Wohlfahrtsregime substantiell, wenn auch in höchst differenter Weise *transformiert*, aber nicht einfach von ihren Vorgängern *losgeragt* haben. Sie erlauben auch erste deskriptive Klassifizierungsversuche, die sich an Aufwendungen, Ausgabenstruktur und Leistungen orientieren. Relativ unproblematisch werden dabei heute vier europäische „Phänotypen“ erkennbar: Ein *nordwesteuropäischer Typ* (beispielhaft: Schweden, Frankreich, Deutschland und – mit einigen Besonderheiten – Großbritannien), ein *südeuropäischer Typ* (exemplarisch: Spanien), ein *mittelosteuropäischer Typ* (z.B. Tschechien, Ungarn und Polen [mit deutlichen Eigenheiten]), wobei sich dieser dem nordwesteuropäischen annähert, sowie ein *osteuropäischer Typ* (exemplarisch: Estland, Rumänien und Russland).

2 Der Wohlfahrtsregimeansatz Esping-Andersens

Grsta Esping-Andersen hat bekanntlich rein oder auch nur dominant an Ausgaben und quantitativen Leistungsmerkmalen ansetzenden Typologisierungsen sein Konzept der „Drei Welten“ ausdrücklich entgegengestellt. Grundidee Esping-Andersens war und ist, in einer politökonomischen Perspektive nach systematischen or-

ganisatorischen bzw. institutionellen Beziehungen zwischen Staat und Ökonomie (ihren Leitideen) sowie deren Leistungseffekten im Hinblick auf „Ent-Kapitalisierung“ von Arbeit und sozialer Sicherheit sowie nach Formen gesellschaftlicher Solidarität und Integration zu fragen. Mit dieser Blickrichtung und aufgrund empirischer Analysen, die sich um Dekommodifizierungsmodus, -grad und die Sozialstruktur- oder Ungleichheitseffekte zentrieren, clustert Esping-Andersen dann drei „*welfare state regimes*“: das liberale, das konservative und das sozialdemokratische (Esping-Andersen 1990: 26-29; 1999: 85).

Als entscheidende kausale Ursachen für die Entstehung und Ausprägung dieser drei Regime-Typen betrachtet Esping-Andersen in einer „interaktionistischen“ und „relationalen“ Perspektive (1) das Muster der politischen Formierung der Arbeiterklasse und deren Stärke (Mobilisierungsfähigkeit) gegenüber anderen sozialen Klassen, (2) den Modus und die Ergebnisse politischer Koalitionsbildungen – vor allem in der sensiblen Phase des Übergangs von einer agrarisch geprägten zu einer Mittelklassen-Gesellschaft – und (3) die historischen Erbschaften in der Regime-Institutionalisierung oder einfacher: vergangene Reformprozesse, die entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung von Präferenzen und Verhalten der Klassenakteure ausüben (1990: 29, 33).³

An dieser Typenbildung und ihrer Begründung, d.h. insbesondere den identifizierten Kausalmechanismen, ist trotz der Anerkennung des analytisch höchst fruchtbaren und paradigmatischen Zugangs seit 1990 vielfältige Kritik geübt worden (siehe als Überblick Schmid 2002: 82-98; Fenger 2007; Siegel 2007). Ich will diese aber nicht im Detail nachzeichnen, sondern Esping-Andersens revidierte Fassung der Drei-Welten-Theorie tabellarisch zusammenfassen (Übersicht 1). Seine Revision – die auf Teile der kritischen Debatte reagiert hat – besteht insbesondere in der Stärkung des Elements der Familie bzw. des Haushalts (einschließlich geschlechtsspezifischer Wohlfahrtseffekte) sowie der Berücksichtigung von Globalisierungsprozessen in der Gestaltung der Regime.

3 Für den Dekommodifizierungsgrad ist darüber hinaus die Seniorenquote von herausragender Bedeutung: Je höher der Altenanteil, desto höher der Grad an Dekommodifizierung. Hinsichtlich des „historischen Regimeeffekts“ verweist Esping-Andersen nicht zuletzt auf (jüngere) staatsabsolutistische Traditionen, die ein höheres Maß an Sozialschutz hervorbrachten (ibid.; cf. Siegel 2007: 268/269).

Übersicht 1: Merkmale von Wohlfahrtsstaatsregimen nach Esping-Andersen (1990, 1999)

	<i>Liberal</i>	<i>Sozialdemokratisch</i>	<i>Konservativ (-korporatistisch)</i>
Ziel	„residuale“ Armuts- vermeidung/ -begrenzung	universelle (Arbeits- markt-) Inklusion, soziale Sicherheit auf möglichst hohem (Grundsicherungs-) Niveau	Klassen- und Stattssicherung
Kerninstitution des Wohlfahrtsstaates	Fürsorge(-Rechte)	Staatsbürger (-Rechte)	Statusgruppen- und Fürsorge(-Rechte) (Äquivalenz- und Subsidiaritätsprinzip)
Finanzierungskern	Steuer	Steuer/ Sozialversicherung	Sozialversicherung
Redistributionsmaß	(relativ) schwach	stark	schwach
Rolle von:			
<i>Familie</i>	marginal	marginal	zentral
<i>Markt</i>	zentral	marginal	marginal
<i>Staat</i>	marginal	zentral	subsidiär
Wohlfahrtsstaat:			
<i>Dominanter Modus der Solidarität</i>	individuell	universell	Verwandtschaft, (kirchlich untersetz- ter) Korporatismus, Etatismus
<i>Dominanter Lokus von Solidarität</i>	Markt	Staat	Familie
<i>Dekommodifizierungs- grad</i>	Minimal	Maximal	Hoch (für Verdienler/ Kernklientel)
Beispiele	USA	Schweden	Deutschland, Italien

Quelle: Esping-Andersen 1990: 26-29; 1999: 85.

3 Postsozialistische Wohlfahrtsregime: Einpassung oder eigener Typus?

Nimmt man Esping-Andersens Typologie als Leitfaden für eine Problematisierung postsozialistischer Wohlfahrtsregime, sind in einem ersten Schritt die bisherigen empirischen Befunde zu den postsozialistischen Wohlfahrtsregimen um jene *Systemmerkmale* zu ergänzen, die für Esping-Andersens Ansatz zentral sind (Übersicht 1). Da dies im vorliegenden Beitrag nicht umfassend geschehen kann, sollen zwei wichtige Teilsysteme dafür exemplarisch herangezogen werden: das *System der Alterssicherung* und das *Gesundheitssystem*.

Eine Analyse, die sich neben den Ausgaben und Leistungsmerkmalen (vgl. Tab. 2-5, 7) auf die Systemarchitektur, insbesondere hinsichtlich der Finanzierung und Steuerung, konzentriert (Übersichten 2, 3), erbringt aus vergleichender Perspektive zunächst zwei typenrelevante Befunde:

(1) Hinsichtlich der Rollen von Markt, Staat und Familie und den zentralen Finanzierungsinstitutionen wird insbesondere anhand der Alterssicherungssysteme erkennbar, dass die mittel- und nordosteuropäischen Transformationsgesellschaften in der vom IMF und anderen neoliberal orientierten transnationalen Organisationen favorisierten Teilprivatisierung und Kapitalisierung sozialer Sicherungssysteme weiter fortgeschritten sind als die meisten westeuropäischen Gesellschaften.

Das so genannte „Drei-Säulen-Modell“ der Alterssicherung mit einem hohen Anteil privater und kapitalbasierter Altersvorsorge (ca. 30-70%) wurde in einer Reihe von Staaten (klassisch: Estland) ab Mitte der 1990er Jahre durchgesetzt, auch wenn Anfang des neuen Jahrhunderts zahlreiche Amendierungen erfolgten, die oft eine Rückführung dieses Anteils bzw. seines verpflichtenden Charakters zum Inhalt hatten. Nichtsdestotrotz bleibt der Befund einer deutlich (neo-)liberalen Ausrichtung insbesondere dieses Teilsystems⁴, die freilich einerseits durch professions- und einkommensabhängige Rentenbestandteile mit statussichernden Elementen (konservatives Modell) sowie andererseits mit einer in der Regel starken Regulierungs- und Kontrollfunktion des Staates kombiniert wurde.

4 Zu dieser Ausrichtung – verbunden mit sozialdemokratisch-egalierenden Ansprüchen – kann auch die in einigen Ländern erfolgte Etablierung einer so genannten „vierten Säule“ der Alterssicherung (Wagner 2002) zählen. Diese besteht in der staatlichen Übernahme von Mindestversicherungsbeiträgen für solche Gruppen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit oder Armut nicht an den ersten drei Säulen partizipieren können (cf. Cerami 2006).

Übersicht 2: Rentensysteme in Mittelost- und Osteuropa im Vergleich (Stand: 2003)

Staat	Systemarchitektur	Grad an (1) Privatisierung, (2) Kapitalisierung, (3) Stellung des Staates als Regulierungsakteur	Reformschritte, Änderungen
GER	<i>Zwei-Säulen-Modell</i> 1. Diversifizierte professions- und einkommensabhängige, umlagefinanzierte Pflichtversicherung bei paritätischer Finanzierung durch AG/AN* und Steuerzuschuss (ca. 30%) 2. Freiwillige, durch Steuermittel bezuschusste private Zusatzrente („Riester-Rente“) (Zusätzlich als quasi 3. Säule gibt es für mittlerweile etwa 40% aller Beschäftigten freiwillige private Betriebsrenten)	(1) gering bis mittel (2) gering bis mittel (3) mittel (neokorporatistische Steuerung)	1957, „Riester-Rente“; 2001, zahlreiche Reformen
CZ	<i>Zwei-Säulen-Modell</i> 1. Kombination von basaler Einheitsrente und berufs- bzw. einkommensabhängigem Bestandteil 2. Ergänzende Privatrente mit einem hohen Grad an Sicherheit und Ausgleich, die von privaten Aktiengesellschaften getragen wird	(1) gering (2) gering bis mittel (3) stark	seit 1997 mit einer Vielzahl von Amendierungen
POL	Komplexes, sektordifferenziertes Drei-Säulen-Modell: staatskontrollierte Versicherungsfonds (ZUS/KRUS), paritätische Finanzierung der Beiträge durch Arbeitgeber/Arbeitnehmer (KRUS; vor allem steuerfinanziert) mit: 1. Säule als Pflichtversicherung (umlagefinanziert), 2. Säule als einkommensabhängige Privatversicherung und 3. Säule als zusätzliche freiwillige Privatrente	(1) mittel (2) gering bis mittel (3) mittel-stark	seit 1991/1997
HUN	Drei-Säulen-Modell 1. Rentenversicherungsfonds: umlagefinanzierte, staatlich kontrollierte Pflichtversicherung 2. Verpflichtende Private Versicherungsfonds (Renten folgen in ihrer Höhe den Einzahlungen auf individuelle Konten) 3. Freiwillige Privatversicherung (angeboten durch unabhängige private Rentenversicherungen)	(1) mittel (2) mittel (3) mittel	seit 1997, Reform 2003f. (Minderung der Verpflichtung und Staatsgarantie für die 2. Säule)
EST	Drei-Säulen-Modell 1. Staatlicher Pensionsfonds: Kombination von Basisbeitrag und Einzahlungsdauer (Finanzierung über einen Sozialsteuerfonds) 2. Verpflichtende Versicherungskomponente 3. Private Zusatzrente	(1) mittel (2) mittel bis hoch (3) mittel	seit 1998, Reform 2002

* AN = Arbeitnehmer, AG = Arbeitgeber; *Quelle*: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Cerami 2005.

Übersicht 3: Gesundheitssysteme in Mittelost- und Osteuropa im Vergleich (Stand: 2001/2002)

Systemarchitektur	Anteil der Eigenfinanzierung in v.H. der Ausgaben für Gesundheit (2000)	Deckungsgrad (2001)
USA	Freiwillige Privatversicherung von AN* (vielfach über die Unternehmen bei steuerlicher Begünstigung) und Selbständigen (ca. 70% der Bevölkerung). Mehrere staatliche Programme für Bedürftige (Behinderte, Arme, Kriegsveteranen) mit teils basalen, teils umfassenden Leistungen.	(der staatlichen Systeme:) 25%
UK	Staatliches Gesundheitssystem (NHS): universell, volle Kostenübernahme, steuerfinanziert, zusätzlich finanziert durch AN/AG*	100%
GER	Gesetzliche Krankenversicherung (GKV): Pflichtversicherung für alle AN* (paritätisch durch AN/AG* finanziert, getragen durch Körperschaften öffentlichen Rechts, neokorporatistische Steuerung); Privatversicherung für 10% der Bevölkerung (Selbständige usw.)	91%
S	Nationales Gesundheitssystem: universell, volle Kostenübernahme, finanziert durch Steuern und zusätzlich durch AG*/Sozialversicherung)	100%
CZ	Gesetzliche Pflichtversicherung (universell, finanziert durch AN/AG*, Selbständige, Staat; organisiert als privatwirtschaftliche Aktiengesellschaften bei starker Staatskontrolle; zusätzlich für sehr kleinen Personenkreis: verpflichtende Privatversicherung)	8,6 (fast) 100%
HUN	Nationaler Gesundheitsversicherungsfonds (NHIF)/staatliche NHIF Verwaltung (arbeits-/professionsbasiert, finanziert durch Beiträge der Versicherten (AN/AG*) und Steuern (für Nichterwerbstätige), dezentral organisiert	21,3 100%
EST	Zentraler Krankenfonds (universell, re-zentralisierter Gesundheitsversicherungsfonds, steuerfinanziert, zusätzlich: freiwillige Privatversicherungen)	k.A. 100%

* AN = Arbeitnehmer, AG = Arbeitgeber

Quellen: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Cerami 2005: 89-102; Kovacs 2003; Docteur/Oxley 2003.

(2) Die partiell konservativ-korporatistische Orientierung wird durch die Architektur der meisten Gesundheitssysteme in Mittel- und Nordosteuropa unterstrichen. Zwar sind alle Gesundheitssysteme verpflichtend und zeigen einen (fast) 100%igen Deckungsgrad. Die meisten Systeme sind aber als Sozialversicherungen konstruiert, die im Kern durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert werden. Die zusätzlichen, teils nicht unerheblichen steuerlichen Finanzierungsanteile wie die starke Stellung des Staates in einer tendenziell egalisierenden Regulierung und durch Bereitstellung medizinischer Leistungen (z.B. in Ungarn) stellen zugleich klar, dass sich auch sozialdemokratische Systemelemente in Mittelosteuropa finden. Die beachtlichen Eigenanteile (etwa in Ungarn) oder die kapitalwirtschaftlich agierenden Gesundheitsfonds in Tschechien unterstreichen schließlich auch für dieses Teilsystem die Einführung (neo-)liberaler Orientierungen. Estland ging hier mit am weitesten, kombinierte diese Ausrichtung aber mit „sozialdemokratischen“ Systemelementen (vgl. auch die Alterssicherung).

Wenn man diese und weitere Eigenarten – z.B. die aus staatssozialistischen Zeiten „gerettete“ relativ hohe Bedeutung familienpolitischer Leistungen (Kindergeld, Kinderbetreuungseinrichtungen usw., vgl. Tab. 5) oder die Mischung arbeitsgesellschaftlicher Wohlfahrtsstaatlichkeit (relativ hohe Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer) mit kapitalorientierter Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik (geringe Aufwendungen für die passive und aktive Arbeitsmarktpolitik, niedrige direkte und höhere indirekte Steuern im Vergleich mit Westeuropa) – berücksichtigt (vgl. Cerami 2006, Barysch 2005), wird erkennbar, dass sich postsozialistische Wohlfahrtsstaatlichkeiten hinsichtlich „Modus“ und „Lokus von Solidarität“ dem typologischen Schema Esping-Andersens verweigern. Individuelle, universelle und verwandtschaftliche/korporatistische bzw. etatistische Modi werden ebenso gemixt wie die Loci von Markt, Staat und Familie. Dieser flimmernde Charakter gilt auch für die von Esping-Andersen bereitgestellten drei wohlfahrtsstaatlichen „Ziele“ oder Leitideen, die in Mittelost- und Osteuropa weniger die Regime scheiden, als sie zu verschmelzen scheinen. Auch der resultative Dekommodifizierungsgrad schafft hier keine Abhilfe. Berücksichtigt man neben den skizzierten Architekturen und Leistungskennziffern (Sozialschutzausgaben) der Wohlfahrtsregime in Mittel- und Osteuropa zum einen die Entwicklung von Massenarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, zum anderen Schattenwirtschaften sowie Korruption, die allerdings bei Esping-Andersen in der Index-Bildung keine Rolle spielen (siehe unten), ist für Mittelosteuropa eher von einem insgesamt geringen bis mittleren Dekommodifizierungsgrad auszugehen. Für Russland und anderen GUS-Staaten (bis auf Weißrussland) muss sogar von einem minimalen Grad ausgegangen werden, obwohl sie sich kaum als „liberale Regime“ begreifen lassen wie es Esping-Andersens Schema entspräche.

Selbst unter Akzeptanz des Mischcharakters aller „realen“ Wohlfahrtsregime muss daher entgegen Esping-Andersens Ansicht (1996) konstatiert werden, dass *der Drei-Welten-Ansatz die postsozialistischen „Systemwelten“ eben nicht zu integrieren in der Lage ist, sondern sie verfehlt*. Zugleich wird jetzt plausibler, warum in der Debatte so unterschiedliche, zum Teil gegenläufige, oft auch Bindestrich-Denotierungen anzutreffen sind. Dabei können zwei Lager unterschieden werden. Während eine Position im Anschluss an die Diskussion um „residuale“, „rudimentäre“ oder „postautoritäre“ Regime in Südeuropa (vgl. Leibfried 1993; Götting/Lessenich 1998) in Mittelosteuropa analoge Regimeentwicklungen diagnostiziert bzw. postsozialistisch oder sozialdemokratisch „gemäßigte“ liberale Regime identifiziert hat (etwa Götting 1998; Ferge 2001; E. Szalai 2005), votieren Kovacs (2003) und Cerami (2005, 2006) für einen besonderen Bismarck-Typus in Mittelosteuropa. Die Wohlfahrtsregime in den Visegrad-Staaten (Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn) stellen demnach einzigartige *Hybride* im Anschluss an die bismarckischen vor- und realsozialistischen Traditionen dar.

Diesen Vorschlag aufnehmend, ist für Mittelosteuropa von einer *Regime-(Re-)Kombination* zu reden, die „liberale“, „sozialdemokratische“, aber auch arbeitgesellschaftlich „konservative“ Zielvorstellungen mit institutionellen Versatzstücken und neuen Elementen des bismarckischen Typus hinsichtlich der *Akteurkonfigurationen* und *Regulierungsmodi* bei starker Stellung des Staates und nicht zuletzt exogen verursachte (neo-)liberale *Finanzierungsformen* mischt. Dabei erscheinen die unterschiedlichen Bereiche und Aufgabenfelder institutionell keineswegs aus einem Guss gefertigt und haben sich die Schwergewichte der Rekombinationen über die Zeit der Transformationen deutlich verschoben (siehe 4.).

Die institutionellen Rekombinationen und ihre wohlfahrtsstaatlichen Konsequenzen erfolgten in Mittelost- und Osteuropa aber nicht gleichförmig, was bereits die Skizze zu den Ausgaben und Leistungen klarstellte. Vielmehr ist, ausgehend von teils gravierenden prä- und staatssozialistischen Unterschieden (vgl. Brie 1996; Götting 1998; Kaelble 2006; Cerami 2006), eine substantielle postsozialistische Diversifizierung zu diagnostizieren. Zwischen Russland und Tschechien liegen tatsächlich „Wohlfahrtswelten“. Während sich aber in materieller Hinsicht eine Zweiertypologie empirisch rechtfertigen lässt, die einen mittelosteuropäischen (vor allem: Slowenien, Tschechien, Slowakei, Ungarn) von einem osteuropäischen Typus (Baltikum, GUS-Staaten, Südosteuropa) scheidet, erscheint aus einer an Esping-Andersen orientierten *system-zentrierten* Perspektive eine Dreiertypologie angemessen. Diese unterscheidet einen *neoliberal-sozialdemokratischen Subtyp* von einem *rudimentär-staatspaternalistischen* und einem

staatsgeleitet konservativ-korporatistischen Subtyp (Übersicht 4).⁵ Diese Typenkonstruktion ist aber durch die von Esping-Andersen zentrierten Merkmale noch nicht hinreichend begründbar. Vielmehr bedarf sie fünf weiterer, dabei aufeinander bezogener Dimensionen bzw. Elemente, die auch auf alternative Ansätze und empirische Analysen referieren (vgl. z.B. Jessop 2002; Manning 2004; Cerami 2005, 2006; Fenger 2007; Oorschot 2007).

1. *Sozio- und politisch-ökonomische Basis*: Offensichtlich teilen die postsozialistischen Gesellschaften Mittelost- und Osteuropas nicht eine gemeinsame politische- und sozioökonomische Basis. Vielmehr differieren sie sowohl hinsichtlich Wirtschaftskraft, Wirtschaftswachstum, Produktivität und sektoraler Verteilung (v.a. Bedeutung der Landwirtschaft und des Dienstleistungssektors) als auch bezogen auf Liberalisierung, (De-)Regulierung und Privatisierung, mithin Transformationsökonomischer Leitideen und Resultate. Ohne die Differenzen an dieser Stelle näher ausführen zu können, bleibt festzuhalten, das sich die Dreiertypologie hier weitgehend spiegelt: Während die Visegrad-Staaten (Polen erneut mit einigen Spezifika) und Slowenien sich heute bezüglich der Wirtschaftskraft (BIP pro Einwohner) und Postindustrialisierung im Bereich von 50% bis fast 80% des EU-Durchschnitts bewegen, eine mittlere Wirtschaftsdynamik aufweisen und eine konsequente Transformationspolitik als Verbindung neoliberaler Programmatiken und sozialpolitischer Abfederung unter Nutzung staatsgeleiteter neokorporatistischer Arrangements verfolgten, erscheinen die Baltischen Staaten dem absoluten Niveau nach als Nachzügler (ca. 50% des BIP pro Kopf). Sie weisen aber mit einer neoliberalen Big-bang-Strategie und produktivistisch orientierten Regulationsweisen die höchste Dynamik auf (Wachstumsraten über 10%). Südost- und Osteuropa rangieren demgegenüber hinsichtlich Stand und Dynamik klar dahinter. Die Wirtschaftskraft bewegt sich trotz relativ hoher Wachstumsraten in den letzten fünf Jahren (5-8%) auf einem 30%-Niveau gegenüber dem EU-Durchschnitt. Dabei besitzen alle Länder dieser Region einen zwar geschrumpften, aber noch immer vergleichsweise großen Agrarsektor. Diese Position verdankt sich nicht nur dem niedrigen realsozialistischen Ausgangsniveau, sondern auch den spät begonnenen und oszillierenden „Reform“-Politiken. Dabei wird die Regulationsweise

5 Dabei ist – noch einmal – der Begriff „Subtypus“ nur begrenzt historisch-genetisch, im Sinne der *Ausdifferenzierung* eines homogenen Ausgangstypus zu verstehen. Einerseits entstanden alle drei Subtypen aus realsozialistische Wohlfahrtsregimen, die sich einer gemeinsamen sozio- und politökonomischen *Gesellschaftsform* – eben der staatsozialistischen – verdanken. Andererseits wies diese Gesellschaftsform in sich deutliche, selbst wieder historisch bedingte *Regimevarianten* auf (etwa zwischen der CSSR und der Sowjetunion), die die Transformationskorridore mitbedingten. Der mittlere Subtypus sprengt Esping-Andersens Ansatz auch deshalb, weil er nur bedingt wohlfahrtskapitalistische Züge trägt. Allerdings scheint er zugleich ein besonders transitorischer und fragiler Subtypus zu sein (siehe 4.).

noch immer durch eine Kombination von (schwachem) Staatspaternalismus bzw. „(staats-)politischem Kapitalismus“ (J. Staniszkis), (lokalen) Clanwirtschaften und starken subsistenzwirtschaftlichen Elementen (vor allem auf dem Lande) dominiert (zur Empirie: EU Soziale Lage 2006).

2. *Familie und Frauen*: Generell gilt für den postsozialistischen Raum, dass „Familie“ auch familiäre Versorgungs- oder Wohlfahrtsnetzwerke umfasst, die sich deutlich von westeuropäischen Solidaritätsmustern (Kleinfamilie und familiäre Generationensolidarität) unterscheiden, aber eine Nähe zum südeuropäischen „postautoritären“ oder „rudimentären“ Typus aufweisen. Innerhalb des Postsozialismus wird aber eine deutliche Differenz in der Bedeutung derartiger Versorgungs- und Wohlfahrtsnetze erkennbar: Während sie in Mitteleuropa mittlerweile nur noch residual genutzt werden, bleiben sie im Baltikum, mehr noch in Südost- und Osteuropa für Mittel- und Unterschichten essentiell. Dabei sind sie stärker noch als in Mitteleuropa verwandtschaftlich bzw. „clan“-fundiert. Obwohl mittlerweile die Frauenerwerbsquote in Mittelost- und vor allem Osteuropa nicht mehr über jener westeuropäischer Gesellschaft rangiert, besitzen Frauen in den postsozialistischen Wohlfahrtsregimen nicht nur wegen der in Mitteleuropa höheren, dabei soziokulturell stabilisierten Erwerbsneigung, sondern auch infolge der staatssozialistischen Emanzipationspolitik (trotz ihrer patriarchalischen Momente) eine andere Stellung als in West-, aber auch Südeuropa (wie Portugal, Griechenland) (vgl. *ibid.*; Pfau-Effinger 2000).

3. *Informelle Ökonomie und Wohlfahrt*: Auch diesbezüglich ist nicht nur eine Scheidung von westeuropäischen Wohlfahrtsregimen zu konstatieren, sondern lassen sich distinkte Muster innerhalb Mittel- und Osteuropas feststellen. Obwohl in diesem Bereich nur Schätzungen vorliegen, ist davon auszugehen, dass sich angesichts der Leistungsindikatoren und noch immer gegebenen institutionellen Fragmentierungen und Dysfunktionalitäten in den GUS-Staaten und Teilen Südosteuropas die informelle Wohlfahrtsproduktion, d.h. Selbsthilfe, Unterstützungs- und Versorgungsnetzwerke einschließlich illegaler Praktiken und Korruption, im Bereich von 50-75% der Gesamtleistungen bewegt. Kornai und Kovacs gehen selbst für Polen und Ungarn von einem Umfang im Bereich von 15-40% aus (Kovacs 2003: XXIX).

4. *Staat und Dritter Sektor*: Zunächst ist generell festzuhalten, dass in allen postsozialistischen Gesellschaften ihr staatssozialistisches Erbe erkennbar ist, das sich in der doppelt paradoxen Bestimmtheit von institutioneller Staatszentrierung vs. Staatsschwäche einerseits, kultureller Staatsadressierung vs. Staatsmisstrauen andererseits ausdrückt. Deshalb und wegen der zentralen Rolle des Staates als Transformationsagentur findet sich selbst in (eher) liberal orientierten Wohlfahrtsregimen eine gegenüber westlichen Modellen „starke“ Position des Staates. Für

den rudimentär-staatspaternalistischen Subtypus ist die Staatszentrierung evident. Aber selbst der konservativ-korporatistische Bismarck-Typus weist gegenüber westlichen Vertretern (wie Deutschland, Italien, Österreich) eine starke Stellung zentraler Staatsakteure und Institutionen auf. Nicht zuletzt hierin wird die Besonderheit des Postsozialismus gegenüber anderen Wohlfahrtswelten erkennbar (vgl. Cerami 2006). Im neueren wohlfahrtsgesellschaftlichen Diskurs ist vielfach herausgearbeitet worden (vgl. etwa Evers/Olk 1996; Zimmer 2003), dass (vor allem das deutsche) Bismarck-Modell ganz wesentlich eine breite Zivilgesellschaft und entwickelten Dritten Sektor voraussetzt. Das gilt für die Seite der Leistungserbringung wie für die Dimension der politisch-institutionellen Steuerung (Subsidiaritätsprinzip). Der Bismarck Typus verkörpert insofern – mehr noch als andere Systeme – nicht nur einen Wohlfahrtsstaatstypus. Er schließt vielmehr „Wohlfahrtsmix“ oder „Wohlfahrtspluralismus“ ein. Zwar haben die Gesellschaften Mittelosteuropas – im Unterschied zum Baltikum, noch mehr aber in Differenz zu Osteuropa – nach 1988/89 einen Boom an Gründungen zivilgesellschaftlicher Akteure und von Neon-Profit-Organisationen erlebt. Deren Anzahl bewegt sich aber weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt westlicher Bismarck-Regime.⁶ Dabei weisen zwar bezeichnenderweise gerade die Bereiche soziale Dienste, Gesundheit und Familie hohe Zuwachsraten auf; die Organisationen sind aber nur wenig in die öffentlich Leistungssysteme und Steuerungsarenen eingebunden, die von den tripartistischen Neokorporatismen (Staat, Gewerkschaften, Arbeitgeber- bzw. Wirtschaftsverbände) dominiert werden.

5. *Wohlfahrtskulturen*: Neben den bereits angeschnittenen kulturellen Eigenheiten des Postsozialismus gegenüber Nordwesteuropa (wie bismarckischer Etatismus und Staatspaternalismus bei gleichzeitigem Staatsskeptizismus und Misstrauen gegenüber formellen Ordnungen) ist hier in der Perspektive einer *longue durée* (F. Braudel) vor allem auf folgende Differenzen gegenüber anderen Weltregionen bzw. innerhalb der postsozialistischen Fallgruppe aufmerksam zu machen, welche die Dreiertypologie erneut stützen: (a) die mitteleuropäischen Kulturen (v.a. Visegrad-Staaten), die vom römisch-katholischen bzw. protestantischen Glauben, durch das deutsche Reich oder die österreichisch-ungarische Monarchie sowie einen relativ hohen Urbanisierungs- und Kapitalisierungsgrad geprägt wurde; (b) die protestantisch und nordeuropäisch geprägten semiperipheren Baltischen Kulturen und (c) die eher peripheren, durch die christlich-orthodoxe Kirche

6 Eine eigene Erhebung kommt zu folgenden (partiell geschätzten) Relationen (Westdeutschland – Tschechien/Polen – Russland): (a) Anzahl der NGOs pro 1.000 Einwohner (2000): 5 : 2,5/1,5 : 0,5-1; (b) Anteil in v.H. der erwachsenen Wohnbevölkerung, der Mitglied in einer NGO ist: 60 : 40/20 : ca. 5-10.

und das Russische Imperium bzw. Osmanische Reich formierten südost- und osteuropäischen Kulturen (wie Albanien, Rumänien, Bulgarien, GUS-Staaten).

Übersicht 4 fasst die drei postsozialistischen Wohlfahrtsregime auf Grundlage der Typologie Esping-Andersens und seiner Erweiterungen tabellarisch zusammen.

Übersicht 4: Die drei Subtypen des Postsozialismus in einem erweiterten Drei-Welten-Modell

	(1) <i>Neoliberal</i> (-sozialdemokratisch)	(2) <i>Rudimentär</i> staatspaternalistisch	(3) <i>Staatsgeleitet konservativ</i> (-korporatistisch) (oder <i>bismarckisch</i>)
Ziel	„residuale“ Armutsbegrenzung und (sozialdemokratische) Egalisierungseffekte, „schumpeterianische Workfare“ (Jessop)	(egalisierende) soziale Sicherheit und Stärkung des staatszentrierten Herrschaftsregimes	Schicht- und Statussicherung mit Egalisierungs- und sozioökonomischem Modernisierungsanspruch
Politisch- und sozioökonomische Basis	neoliberal regulierte und hochdynamische Wettbewerbswirtschaft („Schwellenland“)	peripherer, staatspolitischer Kapitalismus und „gelenkte“, „delegative Demokratie“ („Entwicklungsland“)	neoliberal überformte, dynamische („soziale“) Wirtschaft mit neokorporatistischen Elementen
Kerninstitution des Wohlfahrtsstaates	Fürsorge(-Rechte)/ Staatsbürgerrechte	Staatsbürger(-Rechte)	Statusgruppen- und Fürsorge(-Rechte) (Äquivalenz- und Subsidiaritätsprinzip) mit Staatsbürgerelementen
Finanzierungskern	Steuer (Versicherung)	Steuer	Sozialversicherung (Steuer)
Redistributionsmaß	gering/mittel	(effektiv:) gering	gering/mittel
Rolle von:			
<i>Familie/informellen Netzwerken</i>	zentral	zentral	zentral
<i>Markt</i>	zentral	zentral	(eher) marginal
<i>Staat</i>	(eher) marginal	zentral	(eher) zentral
<i>3. Sektor</i>	marginal	marginal	(eher) marginal
Kulturprägung	nordeuropäisch-protestantisch	v.a. christlich-orthodox, absolutistisch	mitteleuropäisch, römisch-katholisch/protestantisch
Wohlfahrtsregime:			
<i>Dominanter Modus der Solidarität</i>	individuell und familiär	universell und familiär/ clanbezogen	etatistisch-korporatistisch und familiär
<i>Dominanter Lokus von Solidarität</i>	Markt (und Staat)	Staat(sbetriebe), (familiäre/Clan-) Beschaffungsnetze	Staat und Familie
<i>Dekommodifizierungsgrad</i>	gering	(nach Lokus geteilt:) gering-hoch	gering-mittel (mittel für Kernklientel)
Beispiele	Estland, Litauen	Russland, Ukraine	Tschechien, Ungarn, Slowakei

4 Der Wandel postsozialistischer Wohlfahrtswelten ... in einer Welt

Abschließend ist zunächst zu problematisieren, ob es sich bei den drei beschriebenen postsozialistischen Wohlfahrtsregimetypen um persistente Typen handelt oder nur – wie etwa von Esping-Andersen selbst vermutet – um transitorische Phänomene, die im Laufe der Umwälzungen und Anpassungen in eine seiner „Drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ münden werden (Esping-Andersen 1996; vgl. ähnlich Rys 2001). Zwar kann eine entsprechende Drift für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Sie ist aber, insbesondere für die Subtypen (1) und (3) unwahrscheinlich. Für deren *konsolidierte Strukturierung* spricht zunächst die Rekonstruktion ihrer Genese und Entwicklung seit 1989/90. Im Rückgriff auf Götting (1998), Manning (2004) und Cerami (2005, 2006) lassen sich mit dem Fokus auf Mitteleuropa drei Formierungsperioden unterscheiden, die aber weder für die einzelnen Teilsysteme noch in den einzelnen Ländern zeitgleich einsetzen, sondern in hohem Maße überlappen (vgl. Kollmorgen 2005):

(1) Die Periode der „*Ad-hoc-Reformen*“ (1989-1993/97): Dieser Periode verbindet rasche Übergangsreformen, die auf neue Problemlagen des Systemwechsels unter Orientierung auf westliche Institutionenkomplexe („Institutionenleihe“) reagierten (vor allem Arbeitslosigkeit) und insoweit in bestimmten Feldern „ein temporäres Wachstum der Wohlfahrtsleistungen“ einschlossen (Cerami 2006: 23, vgl. Tab. 1-5), mit einer funktionalen Strategie des Abwartens. Das öffentliche Wohlfahrtsregime erschien jenseits der Arbeitslosigkeit nicht als dringendstes Problemfeld und wurde zugleich strategisch als Instrument sozialpolitischer Abfederung der beginnenden (radikalen) Wirtschaftsreformen und ihrer Auswirkungen genutzt.

(2) Die Periode des „*neoliberal dominierten Umbaus*“ (1993/97-1998/2003): Im Kern handelte es sich um die Reform des Gesundheitswesens (ab 1992/93), der Arbeitsmarktpolitik (ab 1993/94) und der Alterssicherung (ab 1997). Dieser Umbau folgte den Leitideen von Deregulierung, Privatisierung bzw. Kapitalisierung und Individualisierung (in den Visegrad-Staaten unter Kombination mit bismarckischen Elementen) und war im Regelfall mit einer Absenkung der Ausgaben (Tab. 1, 2) verbunden. Diese gegenüber den westlichen Regimen durchaus „avantgardistische“ Reformstrategie verdankte sich einer dreifachen Problemkonstellation: Erstens fanden sich die Transformationsgesellschaften angesichts des Wirtschaftseinbruchs (mit bis zu -30%) bei zeitgleicher hoher Ausgabenbelastung (vor allem durch Arbeitslosigkeit) und den aufgehäuften Staatsschulden mit einem dramatischen öffentlichen Finanzierungsproblem und dem „Lösungsansatz“ einer Kostenreduktion im Sozialbereich konfrontiert. Dabei standen, zweitens, die

Transformationsgesellschaften unter dem Druck der transnationalen Wirtschaftsorganisationen (IMF, Weltbank, EBRD), die wichtige Träger des hegemonialen neoliberalen Diskurses und westlicher Unterstützungsprogramme waren. Die neoliberal ausgerichteten Reformen resultierten aber drittens auch aus den überwiegend liberalen Orientierungen der neuen autochthonen Eliten („Bürgerbewegungen“), die einen „schlanken Wohlfahrtsstaat“ als entwicklungspolitisches Instrument zur schnellstmöglichen Erreichung ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit und darüber vermittelt „nachholender“ Anhebung des Lebensstandards auf „westliches“ Niveau („Rückkehr nach Europa“) einsetzen wollten. In dieser Periode formierten sich durch die konkreten sozioökonomischen Lagen, soziopolitischen Kräfteverhältnisse und Modell- sowie Strategiewahlen der entscheidenden Korporativakteure schrittweise die in den vorausgegangenen Abschnitten skizzierten drei Subtypen postsozialistischer Wohlfahrtsregime.

(3) Die Periode *pragmatisch-konsolidierender (Re-)Strukturierung* (ab ca. 1998/2003): Diese beinhaltet einerseits eine „rekalibrierende“ (Pierson 2004) und systematisierende Konsolidierung der jeweiligen Wohlfahrtsstaatsreformen, andererseits und darin – vor allem in den Visegrad-Ländern – die partielle Rücknahme neoliberaler Regelungen unter Stärkung der konservativ-korporatistischen bzw. bismarckischen Elemente (klassisch im Feld der Alterssicherung, siehe Übersicht 2).⁷ Diese Restrukturierung war aber bisher kaum oder wenn, nur mit leichten Ausgabensteigerungen verbunden (Tab. 1-3). Gründe für diese Prozesse sind (a) die Schwächung der globalen Hegemonie des Neoliberalismus und die im Zuge der EU-Beitritte erfolgende Re-Orientierung am so genannten „europäischen Sozialmodell“ (auch wenn dies bisher vor allem eine diskursive Konstruktion darstellt), (b) die vielfache Ablösung liberaler bzw. liberal-konservativer Regierungen durch eher sozialdemokratisch orientierte in Mitteleuropa ab Mitte der 1990er Jahre, (c) die zeitgleiche Stärkung der neokorporatistischen Akteure (Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Vereine usw.) und ihrer Steuerungsfunktionen, was (d) in eine allgemeine systemische Verfestigung der jeweiligen soziopolitischen Akteurstrukturen, Interessenlagen und Institutionenkomplexe mit entsprechenden Mechanismen von „*lock-ins*“ und „*increasing returns*“ eingebettet

7 In Südosteuropa (etwa Bulgarien, Rumänien) begannen in diesem Zeitraum – gleichsam zeitversetzt – erst die substantiellen Reformen, die freilich keine neoliberale Dominanz wie im Baltikum zeigen. Russland und andere GUS-Staaten, die in den 90er Jahren einen Verfall öffentlicher Wohlfahrt erlebten (Tab. 1-5) haben seit Ende der 1990er Jahre ebenfalls einschneidende Reformen begonnen, die das rudimentär-staatspaternalistische Modell zunehmend untergraben. Es erscheint aber gegenwärtig noch zu früh, um deren längerfristige Durchsetzungs- und Konsolidierungschancen beurteilen zu können.

sowie (e) mit einer allgemeinen Rückbesinnung auf *eigene* politisch-kulturelle und institutionelle Traditionsbestände verbunden ist.

Vor dem Hintergrund dieser Prozessmerkmale und ihrer Bedingtheiten, die mit übergreifenden Modellen postsozialistischer Gesellschaftstransformationen konvergieren (ausführlich: Kollmorgen 2006), ist nicht nur zu konstatieren, dass die Diversifizierung postsozialistischer Wohlfahrtsregime voranschreitet. Vielmehr wird durch sie nachdrücklich eine Konsolidierung der seit Ende der 1990er Jahre erkennbaren Subtypenbildung plausibilisiert, was zukünftige Reformen nicht ausschließt.

Interessanterweise ist Esping-Andersen selbst ein Vertreter des „historischen Institutionalismus“, d.h. der Theorie historischer Pfadabhängigkeit in der Ausbildung und Umgestaltung von Wohlfahrtsstaatsregimen (siehe 2.), so dass zunächst nicht ersichtlich erscheint, warum die Strukturierung postsozialistischer „Wohlfahrtswelten“ ausgeschlossen wird. Eine genauere Analyse stellt indes klar, dass es Esping-Andersen (1990) um die sich *aufschichtende* Formierung *grundlegender* Modelle in einer *longue durée* zu tun ist, die (potentielle) „Ausreißer“ und „Außenseiter“ immer wieder in die generierten Basismodelle zurück- oder einzwängt. Allerdings ist seine Argumentation hier nicht wirklich konsistent, da er andererseits durchaus Schlüssel- oder Sattelperioden mit jeweils konkreten Akteur- und Interaktionskonstellationen identifiziert. Esping-Andersens Annahmen stehen hier aber nicht zur intensiven Diskussion. Sie werfen aber ein bezeichnendes Licht auf zwei theoretisch-methodologische Desiderata eines klassischen Pfadabhängigkeitsansatzes. Erstens sind mit ihm *Brüche* oder *neue Pfadformierungen*, das „Machen von Geschichte“, für die Gesellschaftstransformationen gleichsam paradigmatische Fälle darstellen, nicht gehaltvoll erklärbar (vgl. Kollmorgen 1996, 2003; Thalacker 2004). Dazu bedarf es der Erweiterung um Ansätze, die aus handlungs- bzw. akteurtheoretischer Perspektive erklären, warum, wie und wie lange entscheidende Akteure in radikalen Umwälzungsprozessen *strukturell entbettet* und in ihren Handlungsentwürfen, -strategien und -praxen gleichsam *sachlich, zeitlich und räumlich dekontextualisiert* werden (können), wobei sie eben darin und fortschreitend neue Handlungskontexte mitgenerieren. Da freilich weder die innovativen Handlungen der Akteure noch die mit geschaffenen Kontexte in materieller wie symbolischer Hinsicht vollkommen neue repräsentieren, sondern immer auf *Rekombinationen* gegebener Elemente aufsitzen, und revolutionäre Handlungen mittelfristig gesellschaftlicher Rück-Bettungen und komplexer Re-Strukturierungen bedürfen, verschafft sich die „Macht der Geschichte“ sukzessive wieder Geltung. Pfadgenerierungen erweisen sich mithin in langfristiger Perspektive immer auch als *unkämpfte Pfadtransformierungen*, in denen „das Alte im Neuen“ (D. Stark) sichtbar wird. Gleichwohl wird damit das Neue, die

Möglichkeit der Formierung neuer Pfade und – wie im vorliegenden Fall – eigener „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ eben nicht aus-, sondern eingeschlossen. Zur gehaltvollen Rekonstruktion und Erklärung von Gesellschaftstransformationen und ihrer Teilprozesse bedarf es demnach selbst eines differente analytische Perspektiven (wie System-, Akteur- und interpretative Theorien) systematisch und sequentiell kombinierenden Zugangs (ausführlich: Kollmorgen 1996, 2003).

Ein zweites Desiderat betrifft die – allerdings von Esping-Andersen in seinen letzten Arbeiten (etwa 1999) intensiver diskutierte – *Dimension europäischer und globaler Kontexte* von Pfadabhängigkeiten bzw. konkret: *gegenwärtiger Globalisierungsprozesse*. Anhand der Transformation (post-)sozialistischer Wohlfahrtsregime wird unmittelbar zweierlei erkennbar: Entstehung und Umwandlung der postsozialistischen Regime ist ohne Bezug auf die globalen Kontexte und konkreten Gestaltungen von Globalisierung nicht gehaltvoll erklärbar. Nur beispielhaft ist noch einmal auf produktivistische und globale Wettbewerbsorientierung des neoliberal-sozialdemokratischen Modells, wie es im Baltikum dominiert, hinzuweisen. Darüber hinaus unterstreichen die postsozialistischen Subtypen eindringlich, dass Globalisierung eben nicht Homogenisierung oder Uniformisierung bedeutet, sondern vielmehr die Koexistenz und Koevolution differenter Regime, die sowohl eigene Traditionsbestände, Pfade und aktuelle Möglichkeitsräume wie hegemonial erfolgreich(st)e institutionelle Elemente komplex re-kombinieren und im wohlfahrtsökonomischen Wettbewerb zu nutzen suchen. Das stellen nicht nur die Baltischen Staaten und ihre neoliberal-sozialdemokratischen Regime mit deutlichen Nähe zum britischen Modell, sondern auch die Visegrad-Staaten mit ihren staatsgeleiteten Bismarck-Typ-Rekombinationen unter Einschluss wettbewerbsorientierter Steuergesetzgebungen unter Beweis. Selbst die rudimentär-staatspaternalistischen Regime in Osteuropa, namentlich das Russlands, zeigen in ihrer ökonomischen Fundierung durch massiven Rohstoff-Export wie mit den jüngsten Reformbemühungen, wie weltgesellschaftliche Selbst- und Fremdreferenz prozessiert wird und keineswegs in „Blaupausen“ bereits existierender „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ einmündet.

Literatur

- Barysch, Katinka (2005): East versus West? The European economic and social model after enlargement. London: Centre for European Studies (CER) (www.cer.org.uk/pdf/essay_social_model_barysch_oct05.pdf.)
- Brie, Michael (1996): Staatsozialistische Länder Europas im Vergleich. In: Wiesenthal, Helmut (Hg.): Einheit als Privileg? Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands. FaM./N.Y.: Campus: 38-104.
- Cerami, Alfio (2005): Social Policy in Central and Eastern Europe. The Emergence of a New Model of Solidarity? Dissertationsschrift. Erfurt: Universität Erfurt, Staatswissenschaftliche Fakultät.
- Cerami, Alfio (2006): The Politics of Reforms in the Bismarckian Welfare Systems: The Cases of Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia (Paper presented at the conference "A long good bye to Bismarck? The politics of welfare reform in Continental Europe" at the Minda de Ginzburg Center for European Studies, Harvard University, Cambridge, Massachusetts).
- Datenreport 2004 (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem WZB und ZUMA, 2004). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Datenreport 2006 (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem WZB und ZUMA, 2006). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Deacon, B. (1992): The new Eastern Europe: Social policy, Past, Present and Future. London: Sage.
- Esping-Andersen, Gosta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton: Princeton UP.
- Esping-Andersen, Gosta (1996): After the Golden Age? Welfare State Dilemmas in a Global Economy. In: Esping-Andersen, Gosta (Ed.): Welfare States in transition. National Adaptions in Global economies, London: Sage.
- Esping-Andersen, Gosta (1999): Social Foundations of Postindustrial Economies. Oxford: Oxford UP.
- EU Soziale Lage (2006): Die soziale Lage in der Europäischen Union 2005-2006, Kurzfassung. Luxemburg: Europäische Kommission (Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit – Referat E.1, Eurostat – Referat F.3).
- Eurostat Yearbook EU (2005). Luxemburg: European Commission.
- Evers, Adalbert/Olk, und Thomas (Hg./1996): Wohlfahrtspluralismus. Opladen: Leske + Budrich.

- Fenger, H.J.M. (2007): Welfare Regimes in Central and Eastern Europe: Incorporating post-communist countries in a welfare-regime typology. In: Contemporary Issues and Ideas in Social Sciences August 2007 (journal.ciiss.net/index.php/ciiss/article/viewPDFInterstitial/45/37).
- Ferge, Z. (2001): Welfare and 'ill-fare' System in Central-eastern Europe. In: Sykes, B./Palier, B./Prior, M. (Ed.): Globalization and European Welfare States: Challenges and Change,. Basingstoke: Palgrave.
- Götting, Ulrike (1998): Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz. Opladen: Leske + Budrich.
- Götting, Ulrike/Lessenich, Stephan (1998): Sphären sozialer Sicherheit. Wohlfahrtsstaatliche Regimeforschung und gesellschaftliche Transformation. In: Ostner, Iona/Lessenich, Stephan (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt a.M./New York: Campus: 271-320.
- Heyns, Barbara (2005): Emerging Inequalities in Central and Eastern Europe. In: Annual Review of Sociology, Vol. 31: 163-198.
- Jessop, Bob (2002): The Future of the Capitalist State. Cambridge: Polity.
- Kaelble, Hartmut (2006): Sozialgeschichte Europas. Von 1945 bis zur Gegenwart. München: Beck.
- Kollmorgen, Raj (1996): Schöne Aussichten? Zur Kritik integrativer Transformationstheorien. In: Kollmorgen/Reißig/Weiß (Hg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich: 281-332.
- Kollmorgen, Raj (2003): Analytische Perspektiven, soziologische Paradigmata und Theorien sozialen Wandels. Eine metatheoretische Skizze. ISOZ-Arbeitsbericht Nr. 21. Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität.
- Kollmorgen, Raj (2005): Gesellschaftstransformation als sozialer Wandlungstyp. Eine komparative Analyse. In: ders. (Hg.): Transformation als Typ sozialen Wandels. Postsozialistische Lektionen, historische und internationale Vergleiche. Münster: LIT: 21-46.
- Kollmorgen, Raj (2006): Zivilgesellschaften in Mittel- und Osteuropa. Kontexte, Probleme, Aussichten. ISOZ-Arbeitsbericht No. 40. Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität.
- Kornai, J. (2001): The Borderline between the Spheres of Authority of the Citizens and the State. Recommendations for the Hungarian Health Reform. In: Kornai, J. (Ed.): Reform and the State. Fiscal and Welfare Reform in Post-Socialist Countries. Cambridge: Cambridge University Press: 181-209.
- Kovacs, Janos M. (2003): A Cushion that Suffocates? Transforming the „Communist Welfare State“ in East-Central Europe. In: Kovacs, Janos M. (Ed.): Small

- Transformations. The Politics of Welfare Reform – East and West. Muenster et al.: LIT: XIII-XLII.
- Leibfried, Stephan (1993): Towards a European Welfare State? In: Jones, C. (Ed.): *New Perspectives on the Welfare State in Europe*. London: Routledge: 133-56.
- Manning, Nick (2004): Diversity and change in pre-accession Central and Eastern Europe since 1989. In: *Journal for European Social Policy*, Vol. 14 (3): 211-232.
- Docteur, Elizabeth/Oxley Howard (2003): *Health-Care Systems: Lessons from the Reform Experience*. OECD HEALTH WORKING PAPERS, DELSA/ELSA/WD/HEA (2003) 9. Paris: OECD.
- OECD 2007 (2007): *OECD Wirtschaftsausblick*, No. 82 (Vorläufige Ausgabe). Paris: OECD.
- OECD Factbook 2006
(<http://caliban.sourceoecd.org/vl=4555035/cl=22/nw=1/rpsv/fact2006/>).
- OECD Health Data 2006: A comparative analysis of 30 countries. Paris: OECD
(http://www.oecd.org/document/30/0,3343,en_2649_37407_12968734_1_1_1_37407,00.html).
- Oorschot, van Wim (2007): *Culture and Social Policy: A Developing Field of Study*. In: *International Journal of Social Welfare*, Vol. 16: 129-139.
- Petrasova, Alexandra (2006): *Sozialschutz in der Europäischen Union (= Statistik kurz gefasst, Bevölkerung und soziale Bedingungen, Heft 14/2006)*. Luxemburg: Europäische Gemeinschaften.
- Pfau-Effinger, Birgit (2000): *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs*. Opladen: Leske + Budrich.
- Pierson, P. (2004): *Politics in time. History, Institutions and Social Analysis*. Princeton and Oxford: Princeton University Press.
- Rys, V. (2001): Transition countries of central Europe entering the European Union: Some social protection issues. *International Social Security Review* 54 (2-3): 177-189.
- Schmid, Josef (2002): *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich.
- Siegel, Nico A. (2007): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus und Typen wohlfahrtsstaatlicher Politik*. In: Schmidt, Manfred G. et al. (Hg.): *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag: 260-276.
- Szalai, E. (2005): *Socialism. An analysis of its Past and Future*. Budapest/New York: CEU Press.
- Szalai, J. (2005): *Poverty and Traps of Post-Communist Welfare Reforms in Hungary: Fourth World of Welfare-Capitalism on the Rise*. (Paper presented at the

Annual Conference of RC19, ISA on "Rethorizing Welfare States, Restructuring States, Restructuring Analysis" September 2005, North Western University, Chicago, USA).

Thalacker, Patrick (2004): Die EU-Sozialpolitik und die Osterweiterung. Der Beitrag der EU zu sozialregulativen Reformen in den Beitrittsländern (4. Workshop „Ordnungsökonomik und Recht“. Freiburg im Breisgau. 08.-10.10.2004).

Wagener, H.J. (2002): The Welfare State in Transition. *Economies and Accession to the EU*. In: *West European Politics* 25: 152-174.

Zimmer, Annette (2003): Changing the Welfare Mix – Does It Make a Difference? The Case of Germany. In: Kovacs, Janos Matyas (Ed.): *Small Transformations. The Politics of Welfare Reform – East and West*. Münster/Hamburg/London: LIT: 72-96.